

zum Beispiel durch pauschalierte Abzüge, und steuerrechtliche Fragen könnten auf der Ebene des Parlamentsrechts ausgeklammert werden mit der Folge, dass der dem Abgeordneten zugeflossene (Geld-)Wert unabhängig von dessen steuerlicher Behandlung abzuführen wäre. Zu überlegen wären auch Beweiserleichterungen zugunsten des Parlamentspräsidenten und die Festschreibung, den Anspruch zwingend durch Verwaltungsakt durchzusetzen¹⁴.

(3) Dem niedersächsischen Beispiel – mit Verbesserungen – sollten alle Länder folgen, die über keine vergleichbare gesetzliche Regelung verfügen. Es kann heute juristisch im Grunde als unbestritten gelten, dass die Geschäftsordnungsautonomie des Parlaments nicht als ausreichende rechtliche Grundlage dienen kann, das Verhalten der Abgeordneten außerhalb des Parlaments zu reglementieren¹⁵. Alle Geschäftsordnungs- und Verhaltensregeln auf dieser Basis können daher nur als Anstandsregeln, nicht aber als Sanktionsnormen begriffen werden. Politisch dürfte auch weitgehender Konsens darüber bestehen, das „Modell VW“ – womit nicht ein Produkt des Konzerns angesprochen ist – für nicht akzeptabel zu halten¹⁶. Parlamentspräsidenten als Politiker mögen zwar die Aufgabe, gegen Kollegen vorzugehen, scheuen, was im Prinzip nachvollziehbar ist. Dies kann aber kein Grund sein, demokratisch nicht tolerables Verhalten folgenlos zu stellen – sieht man von der eventuell drohenden Nichtwiederaufstellung bei der nächsten Wahl ab. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die bloße Abführung eines zu Unrecht zugeflossenen Betrages keine wirkliche Sanktion darstellt, sondern lediglich der Herstellung eines rechtmäßigen Zustands dient.

14 Zu weiteren Reformvorschlägen *Stefan Muhle*, a.a.O., S. 266, S. 275 f.

15 Vgl. *Thomas Groß*, in: ZRP 2002, S. 472 mit weiteren Nachweisen.

16 § 44a AbgG kam zwar nur gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU zustande. Dies beruhte auf deren Besorgnis, durch die in der Vorschrift vorgesehene Veröffentlichung von Einkünften würde übermäßig in die Berufsfreiheit der Abgeordneten und deren Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingegriffen (vgl. BT-Drucks. 15/5846 vom 29. Juni 2005, S. 14; dazu BVerfG, NVwZ 2007, S. 916 ff.; *Joachim Linck*, a.a.O., S. 24 ff.), hatte aber unmittelbar nichts mit der vorliegend behandelten Problematik zu tun. Allerdings müssen in gewissem Umfang Auskünfte erfolgen, um bei Rechtsverstößen reagieren zu können.

Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 24. Februar 2008: Wahlsieger *Ole von Beust* bildet die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene

Patrick Horst

Nach den fünf Landtagswahlen im Jahre 2006¹ hatte es mit Ausnahme der Bremenwahl im Mai 2007, die ganz im Zeichen der Landespolitik stand, eine ungewöhnlich lange, sechzehn Monate währende wahlfreie Zeit in Deutschland gegeben. Umso gespannter blickte das politische Berlin auf die drei Landtagswahlen zu Anfang des Jahres 2008. Zusammen

1 Vgl. zu den Landtagswahlen 2006 den Themenschwerpunkt in Heft 1/2007 der ZParl (mit Beiträgen von *Oscar W. Gabriel* / *Kerstin Völkl*, *Heiko Gothe*, *Everhard Holtmann*, *Nikolaus Werz* / *Steffen Schoen* und *Oskar Niedermayer* / *Richard Stöss*).

mit den Wahlen in Niedersachsen und Hessen vom 27. Januar² stellte die vier Wochen später stattfindende Bürgerschaftswahl in Hamburg einen Zwischentest dar – weniger für die Große Koalition im Bund, mit deren Fortbestand über die Bundestagswahl 2009 hinaus kaum jemand mehr rechnete, als für die weitere Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. Wahlkampf, Wahlentscheidung und Koalitionsbildung in Hamburg waren zwar wie in der Vergangenheit primär landespolitisch geprägt; sie wurden dennoch von den Parteien als wichtige Weichenstellung für zukünftige Koalitionsoptionen wahrgenommen – zu Recht, wie die Bildung der ersten schwarz-grünen Koalition auf Landesebene zeigen sollte.

1. Die Ausgangslage

Zunächst schien es so, als würde am 24. Februar 2008 seit längerer Zeit wieder eine Hamburger Bürgerschaftswahl unter „normalen“ Bedingungen stattfinden. 2001 war insofern eine Ausnahme gewesen, als die SPD nach mehr als vier Jahrzehnten, in denen sie immer den Bürgermeister gestellt hatte, von einer Dreier-Koalition aus CDU, Schill-Partei und FDP auf die Oppositionsbänke verbannt worden war³. Diese Koalition hielt nur wenig mehr als zwei Jahre, und so fand auch die notwendig gewordene Neuwahl im Februar 2004 unter Ausnahmbedingungen statt⁴: Für eine wirkliche Leistungsbilanz des CDU-geführten Senats war es zum damaligen Zeitpunkt noch zu früh. Die Hamburger wollten Bürger-schreck *Ronald Schill* aus dem Rathaus vertreiben; sie wollten eine stabile Alleinregierung der CDU mit „ihrem“ populären Bürgermeister *Ole von Beust*; und sie wollten nach erst zweieinhalb Jahren nicht schon wieder die SPD zurück an der Macht⁵. Verglichen damit war die Ausgangslage für die Bürgerschaftswahl 2008 in der Tat annähernd „normal“: Die CDU ging mit *von Beust* in ihr siebtes Regierungsjahr. Dessen Popularität war zwar nach wie vor ein starker Trumpf für den kommenden Wahlkampf, würde aber allein für einen Sieg nicht mehr reichen wie noch in der Ausnahmewahl 2004. Auch hatte der CDU-Senat nach nunmehr anderthalb Wahlperioden eine Leistungsbilanz vorzuweisen, mit der er sich dem Urteil der Wähler stellen musste.

Diese Bilanz war auf den für die Wahlentscheidung traditionell besonders wichtigen Themenfeldern überwiegend gut. In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hatte der Senat mit seinem Programm der „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ vorzeigbare Erfolge, die zwar von den Agenda-Reformen des früheren Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* (SPD), der allgemein positiven Konjunkturentwicklung in Deutschland und den strukturellen Standortvorteilen der Elbmetropole begünstigt worden waren, aber darüber hinaus auch auf Anstrengungen des Senats zurückgeführt werden konnten: Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum der „Boomtown“ Hamburg lagen 2004 bis 2006

2 Vgl. *Ralf Tils / Thomas Saretzki*, Die niedersächsische Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Popularität, Wahlstrategie und Oppositionsschwäche sichern Ministerpräsident *Christian Wulff* die schwarz-gelbe Mehrheit, in: ZParl, 39. Jg. (2008), H. 2, S. 282 – 299.

3 Vgl. *Patrick Horst*, Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 23. September 2001: Schillerndem „Bürger-Block“ gelingt der Machtwechsel, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 43 – 63.

4 Hierzu *ders.*, Die Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 29. Februar 2004, in: ZParl, 35. Jg. (2004), H. 2, S. 252 – 270.

5 Vgl. das Fazit ebenda, S. 269 f.

wieder über dem Bundesdurchschnitt⁶. Außerdem erreichten die Finanzsenatoren *Wolfgang Peiner* (2001 bis 2006) und Nachfolger *Michael Freytag* (seit Januar 2007) einen deutlichen Abbau der öffentlichen Verschuldung⁷. Am 31. Oktober 2007 konnten *Freytag* und *von Beust* verkünden, dass Hamburgs Nettoneuverschuldung für das Haushaltsjahr 2007 auf Null abgesenkt worden war und die Stadt mit der Tilgung der Altverbindlichkeiten begonnen hatte⁸. Ein neuralgischer Punkt der CDU-Finanzpolitik war jedoch, dass der Schuldenabbau zu großen Teilen über Privatisierungen städtischen Eigentums erreicht worden war: So war zum Beispiel der Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser an den privaten Betreiber Asklepios in der Stadt äußerst unpopulär und weckte in der Bevölkerung Ängste vor einer zunehmenden Zwei-Klassen-Medizin. Der Senat setzte sich mit der Veräußerung der Krankenhäuser über den parallel zur Bürgerschaftswahl abgehaltenen Volksentscheid vom 29. Februar 2004 hinweg, bei dem mit einer Dreiviertelmehrheit gegen den Verkauf votiert worden war.

Politisch hoch umstritten war auch der schon 2001 eingeleitete Kurswechsel des Senats hin zu einer stärker repressiven Bekämpfung der Jugendkriminalität. Vor allem Sozialsenatorin *Birgit Schnieber-Jastram* und Justizsenator *Roger Kusch* machten dabei keine gute Figur⁹. In der Sozialbehörde musste Staatsrat *Klaus Meister* (SPD) im März 2006 seinen Hut nehmen. Wenig später konnte *von Beust* auch Justizsenator *Kusch* nicht mehr halten, der schon zuvor mit provozierenden Vorschlägen zur Legalisierung der Sterbehilfe und zur Abschaffung der Jugendgerichtsbarkeit zu einer Belastung des Senats geworden war¹⁰. Als *Kusch* ankündigte, mit einer eigenen Partei zur Bürgerschaftswahl anzutreten, löste dies in Hamburg nur noch ein Achselzucken aus.

Als herausragend wichtiges Thema im Wahlkampf zeichnete sich die Bildungspolitik ab. Hier war die Bilanz des Senats sehr umstritten. Die Unzahl der Reformen, mit denen Bildungssenatorin *Alexandra Dinges-Dierig* Hamburgs Schulen überzog, stiftete Unmut: Das neue Lehrerarbeitszeitmodell, im August 2003 noch von einem ihrer FDP-Vorgänger eingeführt, bereitete *Dinges-Dierig* erhebliche Probleme in der Umsetzung. Von der Lehrerschaft wurde es vielfach nur als verkappte Erhöhung des Unterrichtsdeputats wahrgenommen.

- 6 Siehe Monitor Wachsende Stadt – Bericht 2007, hrsg. vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei, Hamburg, September 2007, S. 4 – 11, S. 28 ff. Vgl. auch Handelskammer Hamburg, Hamburgs Wachstumskurs fortsetzen – Forderungen der Hamburger Wirtschaft an die Bürgerschaft und den Senat 2008 – 2012, Hamburg, Oktober 2007, S. 7.
- 7 Diese war noch im Juli 2007 als Problemzone ausgemacht worden, vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2007, Gütersloh, Juli 2007.
- 8 Pressemeldung der Finanzbehörde vom 31. Oktober 2007, Hamburger Haushalt ab 2007 ohne neue Schulden.
- 9 Beide gerieten in der 18. Wahlperiode in den Strudel der so genannten Protokollaffäre, nachdem ihre Behörden rechtswidrig Protokolle aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Feuerbergstraße, einem Heim zur geschlossenen Unterbringung straffälliger Jugendlicher, angefordert hatten.
- 10 Vgl. die ausführliche Berichterstattung im Hamburger Abendblatt vom 27. März 2006; siehe auch Senatsumbau wegen Protokollaffäre, in: Die Welt vom 23. März 2006, S. 33.

Das mit der großen Schulreform 2003¹¹ eingeführte Abitur nach zwölf Jahren – verbunden mit dem Zentralabitur und der Abschaffung der Lernmittelfreiheit – führte ebenfalls zu Friktionen: Während der langfristige Nutzen der Reform den Beteiligten verborgen blieb, spürten sie die Mehrbelastungen deutlich. Nachdem der PISA-Schock in der zweiten Welle auch Hamburg erreicht hatte¹², wurde das Reformtempo, im Einklang mit der Kultusministerkonferenz, noch einmal beschleunigt¹³. Senatorin *Dinges-Dierig* ließ dabei so manches Mal das politische Fingerspitzengefühl vermissen; dennoch erarbeiteten sich CDU, SPD und GAL mit der Zeit – vor allem in der produktiven Bildungsenquête – einen weitgehenden Konsens: Während die Opposition rückblickend die von der CDU so bezeichnete „Bildungswende“ akzeptierte, war die Regierungspartei bereit, gemeinsam mit der Opposition eine neue Schulstruktur aus „Stadtteilschule“ und Gymnasium mitzutragen¹⁴.

Konnte die Schulpolitik immerhin noch als Aktivposten in der Leistungsbilanz des Senats gelten und als solcher auch von der CDU im Wahlkampf genutzt werden, so ließ sich Vergleichbares von der Wissenschaftspolitik nicht behaupten – was aber angesichts deren nachrangiger politischer Bedeutung aus Sicht der Regierungspartei eher zu verschmerzen war. Senator *Jörg Dräger* war 2001 als engagierter Hochschulreformer gestartet, hatte aber in seiner Amtszeit weder die Forschungsleistung der Hamburger Hochschulen noch die Studienbedingungen entscheidend verbessern können – trotz Einführung der ungeliebten Studiengebühren von 500 Euro pro Semester¹⁵.

Trotz aller Turbulenzen auf dem Felde der Sozial-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik konnte die CDU der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 angesichts der guten Wirtschaftslage zuversichtlich entgegensehen. Bis zum Sommer 2007 lag die CDU in allen Meinungs-umfragen – ausgenommen einen kurzen Zeitraum im Oktober 2006 nach der umstrittenen Änderung des Wahlrechts – elf bis 20 Prozentpunkte vor der SPD. Rot-Grün erschien aus-

- 11 Vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 17/2455, 25. März 2003.
- 12 Siehe PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.), PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche?, Münster 2005.
- 13 Unter den Projekten waren: Ausbau der Ganztagschulen, Selbstverantwortete Schule, Orientierungsrahmen Schulqualität, jährliche Ziel- und Leistungsvereinbarungen, regelmäßige Schulinspektion, vorschulische Früherkennung, zentrale Vergleichsarbeiten, Praxis-Lerntage für Hauptschüler, gymnasiale Oberstufenreform, Förderung von Schülerinnen mit Migrationshintergrund, Reform des beruflichen Bildungssystems und Reform der Lehrerbildung.
- 14 Vgl. den Bericht der Enquete-Kommission, Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung, Bürgerschafts-Drucksache 18/6000, 16. März 2007, S. 20 – 26, sowie die Anträge der CDU (Drucks. 18/6026), der SPD (Drucks. 18/6120) und die dazugehörige Debatte in der Bürgerschaft: Plenarprotokoll 18/79, 19. April 2007, S. 4181 – 4196.
- 15 Es passt ins Bild, dass *Dräger* bei Umfragen des Deutschen Hochschulverbands in den letzten drei Jahren kontinuierlich mit der Note „mangelhaft“ bewertet und damit zum schlechtesten Wissenschaftsminister Deutschlands gekürt wurde. Nur Hochschulreformer *Klaus von Dohnanyi*, der *Dräger* das grundlegende Gutachten zur Hochschulreform in Hamburg schrieb, hält weiter Elogen auf seinen Mentor – oder Zögling? *Dräger* war im Übrigen der erste Senator, von dem nach der Wahl bekannt wurde, dass er an neuer Stelle wirken würde: Als Vorstandsmitglied der Bertelsmann-Stiftung und einer von zwei Geschäftsführern des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) wird er sich weiter der „Entwicklung“ der Hochschulen widmen. Vgl. zum Ganzen Berichte und Nachrichten: Johanna Wanka ist Ministerin des Jahres, in: *Forschung und Lehre*, März 2008, sowie Senator Jörg Drägers Abschied von der Politik, und *Klaus von Dohnanyi*, Wegweisende Entscheidungen, in: *Hamburger Abendblatt* vom 5. März 2008, S. 14.

sichtslos – und eine Große Koalition mit der ehemaligen „Hamburg-Partei“ SPD als Junipartner nicht vorstellbar. Aus landespolitischer Perspektive stellte sich deshalb vorrangig eine Frage: Würde die CDU eine Koalition mit der FDP bilden können, oder würde sie angesichts der chronischen Schwäche der hanseatischen Liberalen erstmals mit den Grünen koalieren (müssen)¹⁶?

2. Der Wahlkampf

Der Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl 2008 begann im März 2007 mit den Kandidatenaufstellungen, lief sich in der zweiten Jahreshälfte warm und trat im Januar 2008 in seine „heiße“ Phase, die nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen noch einmal einen neuen Hitzegrad erreichte.

2.1. Die Kandidatenaufstellung

In der Bürgerschaftswahl 2008 kam ein neues personalisiertes Verhältniswahlrecht zur Anwendung. Den Anstoß für die Wahlrechtsänderung hatte ein erfolgreiches Volksbegehren des Vereins „Mehr Demokratie“ gegeben, das zeitgleich mit der Wahl zum Europäischen Parlament 2004 dem Volk zur Entscheidung vorgelegt worden war und sich gegen den von CDU und SPD getragenen Alternativentwurf, der sich am Bundestagswahlrecht orientierte, durchgesetzt hatte. Nach diesem Wahlrecht hätte jeder Wähler über zehn Stimmen (je fünf für Landes- und Wahlkreisliste) verfügt, die er nach Belieben – das heißt auch auf unterschiedliche Parteien oder Wahlkreisbewerber – hätte kumulieren und panaschieren können. Ziele waren die Schwächung der (großen) Parteien, deren Monopol bei der Kandidatennominierung gebrochen werden sollte, die Stärkung der kleinen Parteien, Wahlvereinigungen und Einzelbewerber sowie die Ausweitung der personellen Auswahlmöglichkeiten für den einzelnen Wähler. Der CDU missfiel dieses komplizierte und parteienfeindliche Wahlrecht jedoch so sehr, dass sie es im Oktober 2006 gründlich revidierte: Nach dem nun gültigen Wahlrecht verfügte jeder Wähler über eine Stimme für die Landesliste, die allein über die Zusammensetzung der Bürgerschaft entschied, und fünf Wahlkreisstimmen, die er auf die Kandidaten kumulieren und / oder panaschieren konnte. 71 der 121 Abgeordneten wurden direkt in 17 Mehrpersonenwahlkreisen gewählt, die restlichen 50 Abgeordneten über die Landesliste. Die CDU hatte damit das Kandidatennominierungsmonopol für die Landeslisten der Parteien wiederhergestellt – und den Einfluss der Parteien auf die Reihenfolge der Wahlkreislisten wieder gestärkt.¹⁷ Dennoch sah das neue Wahlrecht erstmals in

16 Vgl. zur koalitionsstrategischen Ausgangslage vor der Bürgerschaftswahl 2008 auch *Patrick Horst*, Das Parteiensystem Hamburgs, in: *Melanie Haas / Uwe Jun / Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 240 f.

17 Zu den Hintergründen des Hamburger Wahlrechtsstreits *Frank Decker*, Parlamentarische Demokratie versus Volksgesetzgebung. Der Streit um ein neues Wahlrecht in Hamburg, in: *ZParl*, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 118 – 133. Die Änderungen des Wahlrechts können im Detail nachvollzogen werden anhand zweier Broschüren der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung: *Karin Eggers*, Das neue Wahlrecht in Hamburg. So wählen wir in Hamburg!, Februar 2005; *Rita Bake / Klaus David / Kerstin Klingel* u.a., Sechs Stimmen für Hamburg. Das neue Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft, Juli 2007.

Hamburg Elemente der Persönlichkeitswahl vor und brachte dadurch – wie beabsichtigt – innerparteilich einiges in Bewegung. Die sicheren Listenplätze wurden vor allem bei den drei Parteien knapp, die sich Hoffnung auf Direktmandate in den Wahlkreisen machen konnten: CDU, SPD und GAL. In den Wahlkreisen war nur „sicher“, wem keine Konkurrenz von den hinteren Plätzen erwuchs. Für die Kandidaten galt es schwierige strategische Entscheidungen zu treffen, ob sie eher auf der Landesliste oder einer Wahlkreisliste kandidieren wollten – zumal nur in Ausnahmefällen und dann bei den kleinen Parteien GAL, Linke und FDP eine doppelte Absicherung zu erlangen war¹⁸.

Am geräuschlosesten verlief die Kandidatenaufstellung bei der CDU. Schon im März 2007 hatten die Parteigliederungen ihre Wahlkreislisten erstellt; im Mai erarbeitete der Wahlausschuss der CDU seine Vorschläge für die Landesliste, denen die Landesvertreterversammlung der Partei bereits am 2. Juni zustimmte. Die CDU stand damit als erste Partei in den Startlöchern für den eigentlichen Wahlkampf.

Die SPD stürzte ausgerechnet kurz vor den Wahlkampf vorbereitungen in eine schwere Krise. Parteichef *Mathias Petersen* zog im September 2006 den Unmut der Partei auf sich, als er Landesgeschäftsführer *Ties Rabe* entließ. Kurz darauf forderte er, Sexualstraftäter im Internet anzuprangern. Im Januar 2007 sprachen fünf der sieben Hamburger Kreisvorsitzenden *Petersen* das Misstrauen aus. Dieser hielt aber an seiner Kandidatur fest und strebte für den 25. Februar eine Mitgliederbefragung an – wohl wissend, dass er bei den einfachen Mitgliedern besser ankam als bei den Funktionären. Die Kritiker *Petersens* schickten die stellvertretende Parteivorsitzende *Dorothee Stapelfeldt* ins Rennen, die aber bei den innerparteilichen Vorstellungsrunden nicht überzeugte. *Petersen* stürzte dann trotzdem, weil ihm die politische Verantwortung dafür gegeben wurde, dass noch am Wahlabend knapp ein-tausend Stimmen aus der Wahlurne entwendet worden waren. Anfang März gelang der Partei ein Befreiungsschlag, als „Zeit“-Herausgeber *Michael Naumann* sich zur Bürgermeisterkandidatur bereit erklärte¹⁹. Im Mai wurden die Wahlkreislisten in den Kreisen erstellt und am 24. Juni 2007 auf einem Parteitag die Landesliste verabschiedet.

Ähnlich turbulent wie bei der SPD gestalteten sich die Wahlkampf vorbereitungen bei den chronisch zerstrittenen Liberalen, die erst im Mai 2006 ihren Parteivorsitzenden *Leif Schrader* und den gesamten Vorstand zum Rücktritt gezwungen hatten. Der neue Landesvorsitzende *Wieland Schinnenburg* zeichnete für die Erarbeitung des Wahlprogramms „Die Freie Stadt“ verantwortlich, das am 22. April 2007 auf einem Landesparteitag der FDP verabschiedet wurde. Das schlechte Wiederwahlergebnis des Parteivorsitzenden von nur 62 Prozent der abgegebenen Stimmen deutete jedoch die Unzufriedenheit der Parteimitglieder an, die auch nach erfolgter Aufstellung der Wahlkreiskandidaten im Mai nicht abklang. *Schinnenburg* wurde zwar am 3. Juni auf den Spitzenplatz der Landesliste gewählt, erhielt aber wieder nur schwache 76 Prozent Zustimmung. Einen Monat später reichte er nach

18 SPD wie CDU stellten nur den Kandidaten auf den ersten beiden Plätzen im Wahlkreis Werbematerial zur Verfügung. Die Kandidaten auf den hinteren Plätzen mussten Wahlkampf auf eigene Faust betreiben, was aber in beiden Parteien mit gemischten Gefühlen gesehen wurde. Die SPD schloss deshalb ein innerparteiliches Fairnessabkommen, über dessen Auslegung es zu Streit kam. Für Auskünfte über die Details der Wahlkampfplanungen von CDU und SPD danke ich den beiden Landesgeschäftsführern *Gregor Jaecke* (CDU) und *Karin Timmermann* (SPD) sowie dem erfolgreichen Wahlkreisbewerber und neuen Abgeordneten *Bülent Cifilik* (SPD).

19 Vgl. Chronologie: Der Weg der Hamburger SPD in die Krise, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. März 2007, sowie *Matthias Krupa*, Mann über Bord, in: Die Zeit vom 8. März 2007, S. 1.

harter Kritik an seinem Wahlkampfkonzept im Landesvorstand den Rücktritt ein. Die Liberalen bewältigten die erneute Führungskrise jedoch schnell und nominierten schon am 15. Juli 2007 auf einem außerordentlichen Parteitag ihren neuen Spitzenkandidaten *Hinnerk Fock*²⁰.

Etwas länger Zeit mit ihren Wahlkampf vorbereitungen als CDU, SPD und FDP ließen sich die Linke und die Grünen. Die Linke, als Zusammenschluss von PDS und WASG am 17. Juni 2007 überhaupt erst als Bundespartei gegründet, formierte sich Anfang Juli in Hamburg als Landesverband. Der Gründungsparteitag verabschiedete ein dreiseitiges Sofortprogramm für die Bürgerschaftswahl, das Forderungen formulierte wie: „Hartz IV muss weg“, „gebührenfreie Bildung für alle“, „Schluss mit der Privatisierungspolitik“ und „Mehr Demokratie wagen“. Im Sommer erfolgte die Nominierung der Wahlkreiskandidaten und auf dem Parteitag vom 29. September – mit dem Gastredner *Oskar Lafontaine* – die Verabschiedung des endgültigen Wahlprogramms und die Aufstellung der Landesliste. Zur Spitzenkandidatin wurde die frühere SPD-Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag *Dora Heyenn* gewählt²¹.

Am spätesten in die Startlöcher kamen die Grünen: Die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten zog sich, je nach Kreisverband, vom Juli bis in den November hinein. Am 7. Oktober wurde auf einer Landesmitgliederversammlung das Wahlprogramm „Unsere Ideen für Hamburg“ beraten und verabschiedet, das die Schwerpunkte auf den Klimaschutz, die Bildungs- und Sozialpolitik, die direkte Demokratie und das Konzept der „kreativen Stadt“ legte. Einen Monat später, am 11. November 2007, nominierten die Grünen die Kandidaten für die Landesliste. Die GAL-Fraktionsvorsitzende *Christa Goetsch* eroberte den Spitzenplatz²².

2.2. Die „Warmlaufphase“

SPD-Spitzenkandidat *Naumann* lief sich besonders frühzeitig warm, musste er sich doch den Hamburgern erst bekannt machen und einen enormen Popularitätsvorsprung des amtierenden Bürgermeisters aufholen. Der 66-Jährige spulte seit Mai 2007 ein Pensum ab, das Respekt abverlangte²³. Für Antrittsbesuche bei Ortsvereinen, für seine Präsenz bei Betriebsbesichtigungen, auf Stadtteilstellen und Wochenmärkten, für seine Auftritte auf Diskussionspodien, Sprech- und Theaterbühnen fuhr er 11.000 Kilometer. Anfangs machte er beim Bad in der Menge noch eine etwas entrückte Figur, zusehends gewann er aber an Sicherheit und Sympathien²⁴.

Die eigentliche „Warmlaufphase“ des Wahlkampfs begann nach den Sommerferien. Der September und die erste Hälfte des Oktobers standen ganz im Zeichen des für den 14. Oktober 2007 anberaumten Volksentscheids zur Stärkung der direkten Demokratie, der

20 Vgl. Die FDP, der Rücktritt und ein Plan B, in: Hamburger Abendblatt vom 14. Juli 2007.

21 Vgl. auf der alten Webseite der Hamburger Linken (www.hier-ist-die-linke-hamburg.de) die im „Parteitagsportal“ zusammengestellten Unterlagen, Zugriff am 29. März 2008.

22 Vgl. Christa Goetsch setzt auf Rot-Grün, in: Hamburger Abendblatt vom 12. November 2007, S. 12.

23 Vgl. die Termine des Bürgermeisterkandidaten auf seiner Wahlkampfhomepage: www.naumann-hamburg.de, Zugriff am 25. Februar 2008.

24 Siehe *Ralf Wiegand*, Der Rosenkavalier, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Februar 2008.

die Geltungskraft von Volksentscheidungen gegenüber dem Parlament erhöhen sollte und auch die Senkung der Zustimmungsquoren anstrebte. SPD, GAL, Linkspartei und auch die FDP hatten sich entschieden, den Volksentscheid mit Kampagnen zu unterstützen. Die Gelegenheit, die wiederholte Missachtung des „Volkswillens“ durch die CDU anzuprangern, wollten sich die Oppositionsparteien nicht entgehen lassen, obwohl eine reale Erfolgsaussicht des Volksentscheids bei dem prohibitiven Quorum von 50 Prozent der Wahlberechtigten (607.468 Abstimmende) nicht bestand. Die CDU entschied sich gegen den leichteren Weg, der in einer Boykottstrategie bestanden hätte, und fuhr eine breit angelegte Plakatkampagne unter dem Motto „Retten Sie die Verfassung!“ Der Bürgermeister schrieb als „Privatmann“ einen Brief an 200.000 zufällig ausgewählte Adressaten, in dem er für die parlamentarische Demokratie warb und die Hamburger aufforderte, gegen den Volksentscheid zu stimmen²⁵. Seine Argumente überzeugten aber nur Wenige, jedenfalls unter den Teilnehmenden: Am Ende stimmten 115.615 Hamburger gegen den Volksentscheid und 365.334 (76 Prozent) mit Ja. Das Zustimmungsquorum verfehlten sie dennoch weit²⁶.

Das zweite große inhaltliche Thema war die Bildungspolitik. Die CDU entschied sich dafür, ihre nicht über alle Zweifel erhabene Bilanz auf diesem Politikfeld offensiv zu vertreten. Anfang November stellte sie ihre Kampagne für den Erhalt der Gymnasien und gegen die „staatliche Einheitsschule“ vor, ab Anfang Dezember plakatierete sie großflächig. Sie nutzte dabei die Inkonsistenzen in der Bildungspolitik der SPD aus, die als langfristiges Ziel eine einheitliche Schule für alle forderte, zugleich aber versicherte, kein Gymnasium gegen den Elternwillen in eine „Stadtteilschule“ umwandeln zu wollen²⁷. Auch die GAL propagierte schon seit längerem unter dem Motto „Neun macht klug“ eine Ganztagschule für alle bis zum 9. Schuljahr²⁸. Ende Oktober startete eine Volksinitiative „Schule für alle“, die von Teilen der SPD, der GAL und der Linkspartei unterstützt wurde, aber nicht die Zustimmung des SPD-Landesvorstands fand²⁹. Mit ihrer Kampagne gegen die „staatliche Einheitsschule“ traf die CDU nicht nur den Nerv besorgter Eltern, sondern auch den der SPD, die mit Plakaten gegen die soziale Ungerechtigkeit des Hamburger Bildungssystems konterte³⁰.

Beide großen Parteien hatten als Höhepunkt der „Warmlaufphase“ die Präsentation ihrer Regierungsprogramme vorgesehen und dafür dramaturgisch eine Folge von Parteitagen eingeplant. Am 15. September schwor Spitzenkandidat *Naumann* seine Partei auf das zentrale Thema des kommenden Wahlkampfs ein: die „soziale Spaltung der Stadt“. Als Bürgermeister stehe er für einen bundesweiten Mindestlohn und für gebührenfreie Bildung für alle – von den Kindertagesstätten über die Schulen bis hin zu den Universitäten³¹. Diese Botschaft verkündete *Naumann* auch bei seiner Eröffnungsrede auf dem Hamburger SPD-

25 Vgl. Bild Hamburg vom 17. September 2007.

26 Alle Unterlagen des Volksentscheids und das amtliche Endergebnis finden sich auf den Internetseiten des Hamburger Landeswahlleiters.

27 Unser Hamburg wächst für alle. SPD-Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg, S. 15.

28 Unsere Ideen für Hamburg. Wahlprogramm der GAL zur Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008, S. 23 ff.

29 Schule für alle: Hamburger starten Volksinitiative, in: Hamburger Abendblatt vom 31. Oktober 2007, S. 14.

30 Parteien-Streit um die Schule der Zukunft, ebenda, 3. Dezember 2007, S. 14.

31 Soziale Verantwortung statt Glamourpolitik, ebenda, 17. September 2007, S. 12.

Bundesparteitag Ende Oktober, auf dem das neue Grundsatzprogramm verabschiedet wurde. Noch einmal einen Monat später präsentierten die Sozialdemokraten dann ihr Regierungsprogramm „Unser Hamburg wächst für alle“³².

Ebenfalls in drei großen Zwischenetappen näherte sich die CDU ihrem Ziel: Auf einem Parteitag am 15. September übergab der langjährige Parteivorsitzende *Dirk Fischer* (1991 bis 2007) das Amt an Finanzsenator *Freitag*, der damit auch die Verantwortung für den kommenden Wahlkampf übernahm. Der 49-jährige *Freitag* kündigte an, den Generationenwechsel in der Partei einleiten und ihr Profil als „moderne, liberale Großstadtpartei“ weiterentwickeln zu wollen³³. Auch stand er aus Sicht der CDU als Finanzsenator für einen Eckpfeiler der erfolgreichen Senatsbilanz: die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Anfang November hatte die CDU eine Wochenendklausur im niedersächsischen Jesteburg anberaumt, auf der weiter am Regierungsprogramm gefeilt wurde. Am 7. Dezember 2007, drei Tage nachdem auch die Bundespartei auf ihrem Parteitag in Hannover ihr Grundsatzprogramm verabschiedet hatte, kam es dann zur Präsentation des Regierungsprogramms „In guten Händen“ auf dem als „Krönungsmesse“ inszenierten Parteitag der Hamburger CDU³⁴.

2.3. Die „heiße Phase“

Die heiße Phase des Hamburger Wahlkampfes eröffnete die Linkspartei: Zwei Tage nach Neujahr bot ihr Landesvorstand SPD und GAL die Tolerierung einer Minderheitsregierung an, da die SPD in den letzten Wochen zentrale Forderungen der Linken übernommen habe. Für CDU und FDP war dies Öl ins Feuer ihres Wahlkampfes, denn nun konnten sie vor einer „Linksfront“ warnen³⁵. Die SPD musste sich gegen diesen unerwünschten Umarmungsversuch zur Wehr setzen, was *Naumann* auch prompt und energisch tat. Die Basis der Linkspartei folgte ihrem Vorstand zwar nicht – dennoch stiftete dieses „unmoralische Angebot“³⁶ in der SPD Unruhe. Ähnlich unbehaglich fühlten sich die Grünen, als sie sich nur wenig später Avancen des Bürgermeisters ausgesetzt sahen³⁷. Weil eine schwarz-grüne Koalition vor allem an der Grünen-Basis unpopulär war, ging die GAL-Führung zunächst auf Distanz, betonte die Priorität eines rot-grünen Bündnisses, schloss Schwarz-Grün aber nicht aus. Auch *von Beust* stellte nach Protesten seiner Parteibasis klar, dass Schwarz-Grün nur dritte Wahl sei – nach einer Alleinregierung der CDU und einer Koalition mit der FDP³⁸.

Abgesehen von den koalitionsstrategischen Positionierungen war die „heiße Phase“ zunächst von einer Intensivierung des Straßen- und Veranstaltungswahlkampfes geprägt – teilweise mit bundespolitischer Prominenz. Am rühmlichsten war im Januar SPD-Spitzenkandidat *Naumann*, der in regelmäßigen Abständen Mitglieder seines Kompetenzteams

32 SPD-Parteitag – Michael Naumann in Angriffslaune, ebenda, 30. November 2007, S. 14.

33 Dirk Fischer: „Das Timing war richtig“, ebenda, 3. September 2007, S. 12.

34 CDU startet Kampagne für Gymnasien, ebenda, 5. November 2007, S. 12; CDU „krönte“ Ole von Beust, ebenda, 8. Dezember 2007, S. 14.

35 Linkspartei will Rot-Grün tolerieren – CDU spricht von „Linksfront“, ebenda, 4. Januar 2008, S. 12.

36 Ein unmoralisches Angebot, ebenda, 5. Januar 2008, S. 12.

37 Hamburger Grüne reagieren gemischt auf CDU-Avancen, Spiegel online vom 6. Januar 2008.

38 CDU-Bürgermeister von Beust: „Ich habe ein anderes Naturell als Koch“, ebenda, 9. Januar 2008.

präsentierte³⁹. Auch der Bürgermeister griff nun stärker in den Straßenwahlkampf ein und verschärfte bei Redeauftritten den Ton gegenüber Herausforderer *Naumann*⁴⁰.

Die Wahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar veränderten die Rahmenbedingungen in Hamburg: Mit dem Einzug der Linken in beide Landtage war klar, dass das bundesdeutsche Parteiensystem sich nun auch in den westdeutschen Ländern auf den ungeliebten Neuling einstellen musste. Alle blickten gebannt auf die „hessischen Verhältnisse“ – und doch rechnete niemand damit, dass dort vor der Hamburgwahl Bewegung in die Regierungsbildung kommen würde. Folgerichtig verschanzten sich zunächst alle Parteien in ihren Lagern – auch in der Hansestadt: Die GAL schloss eine Koalition mit der CDU aus⁴¹, die FDP eine Ampelkoalition⁴², und die SPD versicherte, dass sie nicht mit den Linken regieren werde⁴³.

War der Wahlkampf bisher fast ausschließlich über die Presse geführt worden, zeigten sich die Akteure im Februar in zwei unterschiedlichen Formaten auch einem interessierten Fernsehpublikum. Beim „Kreuzverhör“, das der lokale Fernsehsender „Hamburg Eins“ zusammen mit dem „Hamburger Abendblatt“ zwölf Tage vor der Wahl veranstaltete, erhielten die Spitzenkandidaten der fünf aussichtsreichen Parteien Gelegenheit, auf ausgesuchte Bürgerfragen zu antworten. *Naumann* und *Goetsch* zeigten sich angriffslustig und konnten den Bürgermeister zu der öffentlichen Zusicherung bringen, eine lukrative stadteigene Immobilie nicht mehr vor der Wahl zu verkaufen⁴⁴. Im einzigen TV-Duell der beiden Bürgermeisterkandidaten, eine Woche vor der Wahl im NDR ausgestrahlt, punktete *von Beust* mit Kompetenz und Bescheidenheit. Herausforderer *Naumann* zeigte sich hohen Mutes, ehe er in seinem Schlusswort einem Blackout zum Opfer fiel⁴⁵.

Dieser Patzer geriet jedoch schnell in den Hintergrund; in der letzten Woche vor der Wahl konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit in Hamburg fast ausschließlich auf die Linkspartei. Zunächst verkündete die Links-Fraktion im Niedersächsischen Landtag den Ausschluss des DKP-Mitglieds *Christel Wegner*, die wenige Tage zuvor den Bau der Mauer gutgeheißen und die Wiedereinrichtung eines Staatssicherheitsdienstes zur Absiche-

39 Am 10., 14., 18., 21. und 24. Januar. Vgl. im Detail die Besetzung des Kompetenzteams auf der Website *Naumanns*: www.naumann-hamburg.de, Zugriff am 25. Februar 2008.

40 Beust zu Naumann: „Mein Junge, du musst noch einiges lernen“, in: *Hamburger Abendblatt* vom 14. Januar 2008, S. 12.

41 GAL legt sich fest: Keine Verhandlung mit der CDU, ebenda, 6. Februar 2008, S. 1.

42 Die FDP legt sich fest: Koalition nur mit der CDU, ebenda, 2. Februar 2008, S. 14.

43 SPD verschärft den Ton gegen die Linke, ebenda, 29. Januar 2008, S. 14.

44 Senat verschiebt den Verkauf der Baubehörde, ebenda, 13. Februar 2008, S. 12. Dies war nicht der erste Fehler einer seiner Senatoren – hier des Finanzsenators *Freytag* –, den *von Beust* im Wahlkampf ausbügelte: Auch Schulsenatorin *Dinges-Dierig*, Justizsenator *Carsten Lüdemann* und Innensenator *Udo Nagel* mussten sich öffentlich rügen lassen. Siehe Zeugnisse vom Bürgermeister, ebenda, 16. Februar 2008, S. 14.

45 Der TV-Blackout – schadet er Naumann?, ebenda, 19. Februar 2008, S. 14; Naumann 55 Minuten souverän – dann kam der Blackout, ebenda, 18. Februar 2008, S. 11. *Naumann* hatte in seinem 60-sekündigen Schlussplädoyer den Faden verloren und sich mehrfach verhaspelt. Quälend lange Sekunden des Schweigens verrannen, die dem Kandidaten selbst sichtlich peinlich waren, ehe er seinen Text mehr schlecht als recht zu Ende brachte. Der Blackout *Naumanns* ließ sich sofort simultan auf den Videoportalen des NDR, des lokalen Fernsehsenders „Hamburg 1“, des *Hamburger Abendblatts* und auch in der „public domain“ abrufen. Vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=SALI4USwFvg&feature=related>, Zugriff am 20. Juli 2008.

rung des von ihr propagierten „gesellschaftlichen Umbaus“ vorgeschlagen hatte⁴⁶. Mitte der Woche – *Oskar Lafontaine* und *Gregor Gysi* heizten auf der Abschlusskundgebung der Linken ihren Anhängern mit deftigen Worten ein – tauchten Gerüchte auf, dass sich *Andrea Ypsilanti* mit den Stimmen der Linken zur Ministerpräsidentin in Hessen wählen lassen wollte. Die Idee dazu hatte SPD-Parteichef *Kurt Beck* pikanterweise am Montagabend im Beisein *Naumanns* und einiger Journalisten im Hamburger Rathaus-Restaurant geäußert⁴⁷. Die hitzige Diskussion über die Öffnung der SPD zur Linkspartei war ein Wahlgeschenk, das die CDU dankend annahm: Bürgermeister *von Beust* mobilisierte in seinem Wahlauf-ruf, annonciert in allen drei großen Tageszeitungen des Springerkonzerns in Hamburg, seine Anhänger mit dem Hinweis auf den drohenden Wählerbetrug der SPD. Deren Spitzenkandidat *Naumann* sah sich veranlasst, „beim Leben meiner Kinder“ zu schwören, dass es kein Geheimtreffen mit *Beck* und *Ypsilanti* gegeben habe⁴⁸.

3. Das Wahlergebnis

Das Ergebnis der Wahl fiel eindeutig aus: Wahlsieger wurde die CDU, die zwar ihre absolute Mehrheit verlor, aber mit dem drittbesten Ergebnis ihrer Geschichte (42,6 Prozent) 56 Sitze in der neuen Bürgerschaft errang. Die SPD landete mit 34,1 Prozent der Stimmen und 45 Parlamentssitzen abgeschlagen auf dem zweiten Platz – ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei Bürgerschaftswahlen seit 1946⁴⁹. Drittstärkste Kraft wurde die GAL mit einem Stimmenanteil von 9,6 Prozent und zwölf Sitzen. Den Einzug in die Bürgerschaft (acht Mandate) schaffte als vierte Partei mit einem Anteil von 6,4 Prozent der Stimmen auch die Linke, während die FDP knapp an der Sperrklausel scheiterte. Da die SPD Koalitionen mit der Linkspartei im Wahlkampf ausgeschlossen hatte, errang die CDU einen klaren Auftrag zur Regierungsbildung. Als Koalitionspartner kamen SPD und Grüne in Frage. Die Wahlbeteiligung fiel mit 63,5 Prozent gut fünf Punkte niedriger aus als 2004, obwohl die Wahlforscher im Vorfeld ein gesteigertes Interesse an der Wahl gemessen hatten⁵⁰. Die gesunkene Wahlbeteiligung lag im bundesweiten Trend seit dem Amtsantritt der Großen Koalition, dürfte aber auch Folge des ungewohnten Wahlrechts gewesen sein, das auf Wahlkreisebene zu dreimal mehr ungültigen Stimmzetteln führte als auf Landesebene (vgl. Tabelle 1).

CDU und GAL büßten gegenüber ihren sehr guten Ergebnissen 2004 an Zustimmung ein, SPD, Linke und FDP legten zu. CDU und GAL litten an einer Mobilisierungsschwäche, sie verloren netto 38.000 (CDU) beziehungsweise 15.000 (GAL) Stimmen an die Nichtwähler. 11.000 ehemalige CDU-Wähler „liehen“ ihre Stimme im Saldo der FDP, was ihr aber nicht reichte, um in die Bürgerschaft einzuziehen. Die GAL verlor am stärksten an die SPD (10.000 Stimmen) und die Linke (6.000 Stimmen). Die Stimmen, die den Sozialdemokraten von früheren Grünen-Wählern zufflossen, gab sie nahezu komplett wieder an

46 Fraktionsausschluss von Christel Wegner: „Wer Unsinn redet, hat bei uns keinen Platz“, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. Februar 2008.

47 *Hans Peter Schütz*, Kurt Beck und eine (Schnaps)idee, Stern online vom 21. Februar 2008.

48 SPD-Spitze gespalten über Linkspartei, in: Hamburger Abendblatt vom 22. Februar 2008, S. 1.

49 *Patrick Horst*, Parteiensystem, a.a.O. (Fn. 17), S. 222.

50 79 Prozent hatten 2008 (gegenüber 73 Prozent 2004) laut Vorwahlumfrage ein „starkes/sehr starkes Interesse“ an der Wahl. Infratest dimap, Wahlreport Bürgerschaftswahl in Hamburg 24. Februar 2008, Berlin 2008, S. 27.

Tabelle 1: Ergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahl vom 24. Februar 2008									
	2008	Landeslisten-Stimmen 2008			Wahlkreis-Stimmen 2008			Veränderungen zu Landesliste 2004	
	Sitze insg.	absolut	Prozent	Sitze	absolut	Prozent	Sitze	Prozentpunkte	Sitze insg.
Wahlberechtigte		1.237.397	100,0		1.237.397	100,0			
Wahlbeteiligung		785.243	63,5		783.970	63,4		- 5,2	
ungültig		7.712	1,0		24.423	3,1		- 0,3	
gültig		777.531	100,0 ^c		3.723.546	100,0 ^c			
CDU	56	331.067	42,6	25	1.451.742	39,0	31	- 4,6	- 7
SPD	45	265.516	34,1	19	1.214.263	32,6	26	+ 3,6	+ 4
Grüne/GAL	12	74.472	9,6	1	508.118	13,6	11	- 2,7	- 5
Die Linke	8	50.132	6,4	5	274.196	7,4	3	+ 6,4	+ 8
FDP		36.953	4,8		222.598	6,0		+ 2,0	
DVU ^a		6.354	0,8		x	x		+ 0,8	
Kusch ^b		3.519	0,5		29.746	0,8		+ 0,5	
Graue ^a		2.399	0,3		x	x		- 0,8	
Die Partei ^b		1.958	0,3		6.698	0,2		+ 0,3	
Piraten ^b		1.773	0,2		2.207	0,1		+ 0,1	
AGFG ^b		989	0,1		923	0,0		+ 0,1	
Ödp ^b		981	0,1		2.065	0,1		+ 0,0	
Pop ^b		772	0,1		1.262	0,0		+ 0,1	
Zentrum ^b		646	0,1		2.574	0,1		+ 0,1	

^a Wahlbewerbungen nur mit Landesliste, ohne Wahlkreisliste.
^b Wahlbewerbungen mit Landesliste, die nicht in allen Wahlkreisen kandidierten.
^c Die Angabe von 100,0 Prozent bezieht sich auf die Addition der Stimmanteile aller Parteien in dieser Spalte.
Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Endgültiges Wahlergebnis.

die Linke ab. Dass die SPD insgesamt überhaupt an Stimmen zulegte, verdankte sie vor allem 17.000 zugezogenen Wählern. Vom Ortswechsel 11.000 neuer Wähler profitierte auch die CDU, der dafür im Generationenwechsel 17.000 Wähler abhanden kamen. Die Linke profitierte als Neugründung in allen Wanderungsbilanzen; signifikant war aber, dass unter den 35.000 zu ihr gewechselten Wählern knapp die Hälfte (17.000) von Parteien stammten, die 2008 von der Bildfläche verschwunden waren: Schill Partei und die GAL-Abspaltung „Regenbogen“⁵¹.

3.1. Aktuelle Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung

Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl 2008 wurde von der positiven Grundstimmung in der Stadt beeinflusst. 73 Prozent der Wähler bewerteten die wirtschaftliche Lage Hamburgs wenige Tage vor der Wahl positiv, mehr als doppelt so viele wie 2004. Auch zeigten sich 2008 deutlich mehr Wähler mit der Leistungsbilanz des Senats zufrieden – nämlich knapp die Hälfte gegenüber nur 39 Prozent 2004. Als besonders erfolgreich bewerteten die

51 Ebenda, S. 10 – 15.

Tabelle 2: Themen und Parteikompetenzen in der „heißen Phase“ des Hamburger Wahlkampfes und am Wahltag am 24. Februar 2008 (Prozentwerte, stärkster Wert fett)

wichtigste politische Probleme ^a		höchste Parteikompetenz zur Lösung dieses Problems					
		CDU	SPD	GAL	FDP	Linke	Keiner
Wirtschaft ^b	40/14/10/ 8	60/60/57	24/25/19	2/ 1/ 2	5/ 3/ 5	1/ 2/ 1	7/ 8/15
Arbeitsplätze ^b	23/26/26/31	47/46/47	33/33/27	2/ 1/ 1	3/ 3/ 2	2/ 3/ 2	12/13/19
Kriminalität ^b	18/18/18/30	52/46/48	28/30/23	2/ 2/ 2	2/ 2/ 2	1/ 3/ 1	12/14/22
Verkehr ^c	4/ 7/ 6/ 7	40/33/35	25/26/25	17/13/13	3/ 3/ 3	1/ 1/ 0	13/23/23
Schule / Bildung ^b	29/ 49/42/42	32/26/27	40/42/35	12/10/10	3/ 4/ 4	3/ 5/ 2	9/12/20
Familie / Kinder ^c	15/10/16/19	27/21/28	43/46/41	14/14/12	2/ 2/ 2	5/ 6/ 3	8/10/14
Gerechtigkeit ^b	32/17/18/ 9	20/19/19	48/48/45	9/ 8/ 8	4/ 2/ 4	8/11/ 7	10/10/18
Umwelt ^c	16/ 7/11/ -	16/14/19	12/15/16	60/57/50	2/ 2/ 2	1/ 2/ 1	8/ 9/12
Zukunft ^c		40/35/40	31/33/29	6/ 6/ 6	2/ 1/ 2	2/ 3/ 1	17/20/20

^a Mehrfachnennungen möglich. Erhebungen der vier Werte am: 24.2. / 19.–20.2. / 14.–15.2. / 29.–30.1. 2008.

^b Erhebungen: 19.–20.2. / 14.–15.2. / 29.–30.1. 2008.

^c Erhebungen: 19.–20.2. / 14.–15.2. / 2.–4.1. 2008.

Quellen: Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 50), S. 27, 34, 55; Hamburgtrend Februar III 2008; Hamburgtrend Februar I 2008; Hamburgtrend Januar 2008 (www.infratest-dimap.de).

Wähler die Leistungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, gefolgt von der Kriminalitätsbekämpfung. Auf diesen Feldern lagen auch die Kernkompetenzen der CDU. Am unzufriedensten waren die Wähler mit der Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik – Gebieten also, auf denen die SPD ihre Kompetenzen im Wahlkampf spürbar verbessert hatte. Zwar hatten die bildungs- und sozialpolitischen Themen den Wahlkampf lange bestimmt, letztlich aber schlug die Wirtschaftspolitik am stärksten auf die Wahlentscheidung durch, gefolgt von der Sozial-, der Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik (vgl. Tabelle 2). Dabei mobilisierten die Parteien ihre Wähler jeweils mit ihren Kompetenzthemen. Für die CDU-Anhänger standen Wirtschaftsthemen im Vordergrund, die SPD punktete am stärksten mit Gerechtigkeits- und Bildungsfragen. Auch die Linke mobilisierte vorrangig über das Gerechtigkeitsthema, während die GAL ihre Wähler mit ihrer Kernkompetenz im Umweltschutz, aber auch mit Bildungs- und Gerechtigkeitsfragen ansprach⁵².

Zu den aktuellen Bestimmungsgründen des Wahlverhaltens gehören neben den Themen beziehungsweise Parteikompetenzen vor allem die Kandidaten. Hier hatte *Naumanns* Wahlkampf Früchte getragen: In der Woche vor der Wahl war er acht von zehn Wählern bekannt und übte auch – anders als *Thomas Mirow* 2004 – Anziehungskraft auf GAL- und Links-Wähler aus. Im Profilvergleich zog *Naumann* zwar bei den meisten und den wichtigeren Eigenschaften gegenüber *von Beust* den Kürzeren, aber der Abstand hielt sich in Grenzen. *Naumann* war insgesamt ein respektable Herausforderer, der selbst nach dem verlorenen TV-Duell nur marginal an Zustimmung einbüßte. Vor seinem Blackout im Fernsehen hätten ihn bei einer Direktwahl 43 Prozent der Hamburger gewählt, danach 42 Prozent. Die Werte für *von Beust* lagen vor wie nach dem Fernsehduell bei 50 Prozent. Der Popularitätsvorsprung des amtierenden Bürgermeisters vor seinem Herausforderer relativierte sich dadurch, dass das Persönlichkeitselement nicht für alle Wähler gleich wichtig war: Während

52 Ebenda, S. 22 f., S. 27 f., S. 30 – 34, S. 55 f.

mehr als die Hälfte der CDU-Anhänger ihre Wahlentscheidung an der Kandidatenfrage ausrichtete, war dies nur ein Viertel der SPD-Wähler und nicht einmal jeder zehnte GAL- oder Links-Anhänger. Vor allem die Wähler der Linken und der GAL orientierten sich stark an politischen Themen (vgl. Tabelle 3)⁵³.

Tabelle 3: Bedeutungsgewicht von Wahlmotiven in der Bürgerschaftswahl 2008 (Prozentwerte) und ihre Veränderungen gegenüber 2004 (Prozentpunkte)

	alle Wähler	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Kandidat	34 (+ 0)	55 (+ 2)	24 (+ 4)	7 (+ 3)	21 (+ 5)	6
Kompetenz	50 (+ 7)	35 (+ 3)	53 (+ 8)	70 (+ 4)	63 (+ 7)	80
Bindung	18 (- 3)	16 (+ 1)	23 (- 8)	23 (- 2)	14 (- 6)	7

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 50), S. 54.

Gegenüber den Kandidaten und den Sachfragen trat die Parteibindung als längerfristiger Bestimmungsfaktor des Wahlverhaltens bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg weiter in den Hintergrund – selbst für die Traditionspartei SPD stimmte nicht einmal mehr jeder vierte Wähler aus althergebrachter Gewohnheit (vgl. Tabelle 3). Wo Wähler sich immer kurzfristiger entscheiden, wächst die Bedeutung unvorhersehbarer Ereignisse für das Wahlverhalten, auch medialer Berichterstattung – und in deren Folge die Bedeutung des „Themenmanagements“ durch die Wahlkämpfer⁵⁴. In Hamburg waren es vor allem drei mediale „Aufreger“, die die Schlussphase des Wahlkampfes beeinflussten: die Affäre um Postchef *Klaus Zumwinkel* und Steuerflüchtlinge in Liechtenstein, die Diskussion um die Stasi-Äußerungen der niedersächsischen DKP-Abgeordneten *Wegner* und die Debatte um die Tolerierung *Ypsilantis* durch die Linke in Hessen. Laut Wahltagsumfrage war die Steueraffäre für 22 Prozent der Wähler wichtig bei ihrer Entscheidung, die Diskussion um *Ypsilanti* für 28 Prozent und die Stasi-Äußerungen *Wegners* für 31 Prozent. Acht von zehn Wählern fanden, dass *Kurt Becks* Verständnis für die Pläne *Ypsilantis* die SPD im Bund geschwächt habe. Für 52 Prozent der Wähler war *Naumann* nach dem Bekanntwerden der Hessen-Pläne mit seinem Versprechen, nicht mit der Linken zusammenzuarbeiten, nicht mehr glaubwürdig⁵⁵. Dessen übersteigerte Beteuerung, beim Leben seiner Kinder einer solchen Zusammenarbeit abzuschwören, dürfte seiner Glaubwürdigkeit auch nicht zuträglich gewesen sein. Der Strategiewechsels *Becks* hat die SPD zwar nicht den Sieg gekostet, aber den Abstand zur CDU größer gemacht, als er hätte ausfallen müssen. Für CDU-Anhänger hatte die Diskussion um die Linkspartei eine messbar höhere Bedeutung als für andere Wähler⁵⁶.

53 Ebenda, S. 38 – 41, S. 54 f.

54 Die Bundestagswahlen 2002 (Flut und Irak-Krieg) und 2005 (*Paul Kirchhofs* steuerpolitische Vorstellungen) – auch die Hessenwahl vom Januar 2008 (Jugendgewalt) – zeigen, wie Fehler im „Themenmanagement“ einen Wahlkampf plötzlich radikal verändern können. Vgl. *Oskar Niedermayer*, Wandel durch Flut und Irak-Krieg? Wahlkampfverlauf und Wahlkampfstrategien der Parteien, in: *Eckhard Jesse* (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2002, München 2003, S. 37 – 70; *Frank Bretschneider*, Bundestagswahlkampf und Medienberichterstattung, in: *APuZ*, B 51 / 52 (2005), S. 19 – 26; *Viola Neu*, Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar 2008. Wahlanalyse, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2008.

55 Vgl. den Wahlmonitor zur Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg im Wahlarchiv der Tagesschau: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/hh/flash/index.shtml>, Zugriff am 9. April 2008.

56 Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 50), S. 46 ff.

3.2. Sozialstrukturelle Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung

Die CDU in Hamburg war auch 2008 wieder die Partei der Älteren: Bei den über 60-Jährigen erreichte sie einen Stimmenanteil von fast 54 Prozent, bei den Frauen derselben Altersgruppe sogar von knapp 57 Prozent. Da die älteren Wähler sich wieder überdurchschnittlich an der Wahl beteiligten – obwohl diese Altersgruppe gegenüber 2004 den stärksten Rückgang in der Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatte –, stellten sie allein gut die Hälfte der CDU-Wählerschaft. Von der SPD dagegen fällt es schwer zu behaupten, sie sei die Partei der Jüngeren, obwohl sie unter den 18- bis 24-Jährigen einen weit überdurchschnittlichen Anteil von knapp 43 Prozent der Stimmen erzielte. Infolge des geringen Umfangs dieser Altersgruppe und ihrer extrem niedrigen Wahlbeteiligung (unter 40 Prozent) machte sie nur etwas mehr als sechs Prozent der Wählerschaft der Sozialdemokraten aus. Die über 60-Jährigen, die relativ am wenigsten SPD wählten, machten 2008 trotzdem ein Drittel ihrer Wählerschaft aus. Die Grünen schnitten wieder am besten bei der mittleren Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen ab, die genauso ein Drittel ihrer Wählerschaft bildete wie bei der Linkspartei die 45- bis 59-Jährigen, die mit 11,4 Prozent überproportional links wählten. Das Wahlverhalten von Männern und Frauen glich sich über alle Altersgruppen hinweg weiter an – nur dass Frauen insgesamt häufiger CDU, SPD und GAL wählten, während FDP und Linke sich eher als Männerparteien zeigten⁵⁷.

Betrachtet man Berufsgruppen, war die CDU 2008 wieder unangefochtener Spitzenreiter bei den Rentnern, die sie zu 56 Prozent wählten, sowie bei den Selbständigen (41 Prozent) und Angestellten (40 Prozent). Die SPD zog dagegen von allen Parteien die Auszubildenden (50 Prozent), die Arbeitslosen (43 Prozent), die Arbeiter (38 Prozent) und die Beamten (36 Prozent) am stärksten auf sich. Bei den Grünen waren am stärksten die Beamten (19 Prozent) und die Selbständigen (17 Prozent) vertreten, bei den Linken die Arbeitslosen (19 Prozent) und die Arbeiter (zehn Prozent). Die FDP wurde überproportional von Selbständigen (neun Prozent) gewählt. Dynamisch betrachtet waren die hohen Verluste der CDU bei den Selbständigen und Arbeitslosen signifikant (jeweils minus 16 Prozentpunkte) sowie die Gewinne der SPD bei den Auszubildenden (plus 17 Punkte) und Selbständigen (plus acht Punkte). Bei den Arbeitern wie bei den Auszubildenden gewann die SPD ihre Spitzenposition von der CDU zurück⁵⁸.

In allen drei Bildungsgruppen lag die CDU 2008 wieder vorn: Bei den Wählern mit hohen Bildungsabschlüssen erzielte sie 39 Prozent, mit mittleren Bildungsabschlüssen 47 und bei den Wählern mit niedrigen Bildungsabschlüssen 45 Prozent. Bezogen auf die gesamte Wählerschaft der Partei war damit die oberste Bildungsgruppe bei der CDU leicht unterrepräsentiert – wie übrigens auch bei der SPD (32 Prozent), die ihren Schwerpunkt bei Wählern mit niedrigen Bildungsabschlüssen (40 Prozent) hatte. Die formal am höchsten gebildete Wählerschaft hatte die GAL, gefolgt von der Linken und der FDP⁵⁹.

57 Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 24. Februar 2008. Teil 4: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht, Hamburg, 6. März 2008, S. 1 – 4.

58 Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Fn. 50), S. 53 f.

59 Ebenda.

3.3. Regionale Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung

Die „soziale Spaltung“, von der SPD-Spitzenkandidat *Naumann* im Wahlkampf so zupackend gesprochen hatte, war 2008 wieder eine wahlgeographische, das heißt aber auch zugespitzt dargestellte Realität: Sozial und politisch teilte sich Hamburg wie eh und je in eine innere und äußere Stadt. Die vier Wahlkreise, in denen die SPD 2008 Mehrheiten erzielte, lagen alle im inneren Stadtgürtel – in Mitte, Billstedt und Wilhelmsburg sowie im stadtnahen, studentisch geprägten Westen. In Altona und Eimsbüttel sowie in den stadtnahen Gebieten um die Alster hatte auch die GAL wieder ihre Hochburgen; die Linke war in den weniger guten Wohnlagen der inneren Stadt überproportional vertreten. Mit zunehmender Entfernung vom Stadtkern nahmen die Stimmenanteile der CDU zu, die 13 der 17 Wahlkreise und bis auf Altona alle sieben Hamburger Stadtbezirke gewann. Die CDU-Hochburgen lagen wie schon in der Vergangenheit im Hamburger Nordosten, in den Elbvororten und in den ländlich geprägten Gebieten südlich der Elbe. Dort fielen auch die Verluste der CDU gegenüber 2004 geringer aus – mit Ausnahme der Gebiete südlich der Elbe, wo die Wahlbeteiligung 2008 stark abnahm. Die FDP übersprang fünf Prozent nur in den besten Wohnlagen Hamburgs: in den Walddörfern, den Elbvororten und den alsternahen Wahlkreisen⁶⁰.

Das regionale Wahlverhalten verdiente 2008 aufgrund des neuen Wahlrechts aufmerksamere Beobachtung als sonst. Insgesamt entfielen auf die drei kleinen Parteien GAL, Linke und FDP relativ mehr Wahlkreis- als Landesstimmen, während es bei den großen Parteien umgekehrt war⁶¹. Für das Wahlergebnis insgesamt war dies zwar ohne Belang; für die GAL hatte dies jedoch zur Konsequenz, dass elf ihrer zwölf Abgeordneten über die Wahlkreise in die Bürgerschaft zogen. Weil die Grünen damit nicht gerechnet hatten, kamen vermeintlich sichere Kandidaten auf der Landesliste nicht zum Zuge. Die innerparteiliche Balance konnte zudem durch die Persönlichkeitswahl im Wahlkreis beeinflusst werden. Die Grünen zogen relativ am meisten Persönlichkeitsstimmen (48,4 Prozent) auf sich, gefolgt von FDP (47,9 Prozent), SPD (43,5 Prozent), Linkspartei (42,7 Prozent) und CDU (34,6 Prozent). Bei CDU, GAL und Linkspartei wurden dennoch ohne Ausnahme die vorne platzierten Wahlkreiskandidaten in die Bürgerschaft gewählt. Nur bei der SPD kämpften sich drei Wahlkreiskandidaten von hinteren Plätzen in die Bürgerschaft. Insgesamt machten die Wahlkreise Billstedt, Bergedorf und Altona am stärksten Gebrauch von der Persönlichkeitswahl⁶².

4. Regierungs- und Oppositionsbildung

Laut der im Wahlkampf geäußerten Präferenzordnung des Wahlsiegers war die Lage am Wahlabend klar: Die CDU hatte ihre absolute Mehrheit verloren, die FDP war an der Sperrklausel gescheitert – blieb nur die dritte Option *von Beusts*: die schwarz-grüne Koalition. Da auch die SPD ihre Koalitionsbereitschaft signalisiert hatte, lud der Bürgermeister

60 Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 24. Februar 2008. Teil 2: Wahlkreisergebnisse und Vorläufiges Endergebnis der Bürgerschaftswahl, Hamburg, 29. Februar 2008, S. 6, S. 9.

61 Ebenda.

62 Ebenda, S. 10 f.

zunächst sie zu Sondierungsgesprächen, dann die GAL. Dass *von Beust* die Koalition mit den Grünen bevorzugte, ließ sich schon an der Dauer der Gespräche erkennen: mit der SPD sondierte die CDU nur 90 Minuten, mit der GAL sieben Stunden. Nachdem deren Mitgliederversammlung der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zugestimmt hatte, konnten diese am 17. März beginnen. Für die CDU nahmen teil: Bürgermeister *von Beust*, Parteichef *Freytag*, der neue Fraktionschef *Frank-Thorsten Schira* und der Chef der Senatskanzlei, Staatsrat *Volkmar Schön*. Die achtköpfige Verhandlungsdelegation der Grünen wurde angeführt von Parteichefin *Anja Hajduk*, haushaltspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, und Fraktionschefin *Goetsch*. Nach 13 Verhandlungsrunden, die einen Monat in Anspruch nahmen, konnte der Koalitionsvertrag am 17. April von den zwölf Parteien unterzeichnet werden. In der Präambel des Vertrages verkündeten die Parteien ihre Absicht, anstatt einer Koalition auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner eine „Ergänzungskoalition“ sein zu wollen, welche die Stärken der beiden Partner miteinander verbindet⁶³. Beide Seiten machten Zugeständnisse an die Wunschprojekte des Partners, wie sie im Wahlkampf noch für unmöglich erklärt worden waren: Die CDU trug unter anderem eine Schulreform (sechsjährige Primarschule plus kostenloses Vorschuljahr), die Einführung einer Stadtbahn und eines Sozialtickets sowie liberale Korrekturen in der Jugendpolitik mit. Hinsichtlich der umstrittenen Volksgesetzgebung gestand die CDU der GAL zu, im überparteilichen Konsens mit den Bürgerschaftsfraktionen und dem Verein „Mehr Demokratie“ zu einer Lösung kommen zu wollen, welche die Verbindlichkeit von Volksentscheiden respektiert und die Zustimmungsqouren senkt. Die GAL nahm ihrerseits die Elbvertiefung und einige große Straßenverkehrsprojekte hin. Auch hinsichtlich des Baus eines Kohlekraftwerks und der Beibehaltung der Studiengebühren kamen die Grünen der CDU entgegen⁶⁴. Für die Koalitionsforschung ist damit in Hamburg der Ausnahmefall einer kleinen Koalition mit großer ideologischer Spannweite gegeben. Wie diese ihre Konflikte lösen, wie lange sie Bestand haben wird und wie sich die Parteien im Verlauf des Koalitionshandelns verändern, stellen nur einige der interessanten Forschungsfragen dar⁶⁵.

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags waren auch die wichtigsten personellen Fragen geklärt (vgl. Tabelle 4): Bürgermeister *von Beust* nutzte die Koalitionsbildung mit den Grünen zu einem Senats-Revirement, dem die leistungsschwächeren und die parteilosen Senatoren zum Opfer fielen. Mit Wirtschaftssenator *Gunnar Uldall*, Sozialsenatorin *Schnieber-Jastram*, Wissenschaftssenator *Dräger*, Bildungssenatorin *Dinges-Dierig*, Justizsenator *Carsten Lüdemann* und Innensenator *Udo Nagel* entließ er gleich sechs Amtsinhaber – mit Ausnahme *Uldalls* alle unfreiwillig. Nur drei Senatoren gehören der Regierung auch weiter an: Finanzsenator *Freytag*, Stadtentwicklungssenator *Axel Gedaschko*, der in die Wirtschaftsbehörde wechselte, und Kultursenatorin *Karin von Welck*. Mit *Christoph Ahlhaus* (Inneres) und *Dietrich Wersich* (Soziales) stiegen zwei Staatsräte zu Senatoren auf,

63 „Unterschiede müssen nicht zu Widersprüchen zugespitzt werden, sie können auch zu Ergänzungen verbunden werden, die neue Lösungen ermöglichen“, lautete der entsprechende Satz im Koalitionsvertrag. Siehe Vertrag über die Zusammenarbeit in der 19. Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der CDU, Landesverband Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, GAL, Hamburg, 17. April 2008, S. 4.

64 Ebenda, passim.

65 Vgl. zum Stand der Koalitionsforschung die weiterführende Literatur bei *Thomas Saalfeld*, Koalitionsstabilität in 15 europäischen Demokratien: Transaktionskosten und Koalitionsmanagement, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 180 – 206.

die früher der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft angehört hatten. Auch die neue Wissenschaftssenatorin *Herlind Gundelach* hatte vor ihrer Ernennung als Staatsrätin in der Umweltbehörde gearbeitet, brachte aber ebenfalls langjähriges Engagement in der Partei mit. Für die Grünen übernahmen ihre beiden Spitzenpolitikerinnen *Goetsch* (Bildung) und *Hajduk* (Stadtentwicklung und Umwelt) die wichtigsten Ressorts; der Bürgerschaftsabgeordnete *Till Steffen* wurde Justizsenator⁶⁶. Nachdem die Grünen auf ihrer Mitgliederversammlung am 27. April dem Koalitionsvertrag ohne größere Widerstände zugestimmt hatten und der CDU-Landesausschuss ihn einen Tag darauf sogar einstimmig annahm, konnte der neue Senat am 7. Mai von der Bürgerschaft gewählt werden. Die Regierungsbildung hatte damit 73 Tage in Anspruch genommen – nach 1946 hatte sie nur in drei Fällen länger gedauert⁶⁷.

Im Schatten der Koalitionsverhandlungen richteten sich SPD und Linkspartei in der Opposition ein. Beide Parteien waren unzufrieden mit ihrem Wahlergebnis; die SPD aber stürzte in eine schwere innerparteiliche Krise. Spitzenkandidat *Naumann* warf Parteichef *Kurt Beck* in einem der Presse zugespielten Brief vor, dass seine Öffnung zur Linkspartei der Hamburger SPD „womöglich“ den Wahlsieg gekostet habe⁶⁸. In der Folge entzündete sich ein heftiger innerparteilicher Streit – in Hamburg wie in Berlin – um den von *Beck* eingeleiteten Kurswechsel, der es den Landesverbänden anheimstellt, wie sie ihr Verhältnis zur Linkspartei definieren. In Hamburg blieb die SPD zunächst bei ihrer strikten Abgrenzungsstrategie gegenüber der Linksfraktion. Da aber der Einfluss des 66-jährigen *Naumann*, der keinen Anspruch auf den Fraktionsvorsitz erhob und inzwischen sein Mandat aufgegeben hat, schwindet und die 45-köpfige Fraktion aus 27 Parlamentsneulingen besteht, bleibt abzuwarten, ob die Partei diesen Kurs über die gesamte Wahlperiode hinweg durchhalten wird. Auf den wiedergewählten Fraktionsvorsitzenden *Michael Neumann* (seit 2004) und den seit 2007 amtierenden Parteivorsitzenden *Ingo Egloff* wartet keine leichte Aufgabe.

Tabelle 4: Der neue Hamburger Senat 2008

Erster Bürgermeister und Präsident des Senats	<i>Ole von Beust</i> (CDU)
Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Bildung	<i>Christa Goetsch</i> (GAL)
Senator für Finanzen	Dr. <i>Michael Freytag</i> (CDU)
Senator für Justiz	Dr. <i>Till Steffen</i> (GAL)
Senator für Inneres	<i>Christoph Ablhaus</i> (CDU)
Senator für Wirtschaft und Arbeit	<i>Axel Gedaschko</i> (CDU)
Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt	<i>Anja Hajduk</i> (GAL)
Senator für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	<i>Dietrich Wersich</i> (CDU)
Senatorin für Wissenschaft und Forschung	Dr. <i>Herlind Gundelach</i> (CDU)
Senatorin für Kultur, Sport und Medien	Prof. Dr. <i>Karin von Welck</i> (parteilos)
Quelle: Hamburger Abendblatt, 18. April 2008, S. 13.	

66 Die Verteilung der Staatsräte sah zehn für die CDU, vier für die GAL vor. Vgl. Koalitionsvertrag, a.a.O. (Fn. 64), S. 64.

67 Vgl. *Patrick Horst*, Neuwahl, a.a.O. (Fn. 4), S. 268.

68 Naumanns Brief an Beck: „Warum mein Ärger nicht verfolgt ist“, in: Hamburger Abendblatt, 1. März 2008, S. 1.

Die neu in die Bürgerschaft eingezogene, achtköpfige Linksfraktion, angeführt von *Dora Heyenn*, musste und muss sich ihren Platz im Parlament erst suchen. Gleich zu Beginn entbrannte ein Streit um die Sitzordnung in der Bürgerschaft, weil die Linkspartei die Sitze der GAL am linken Rand des Plenums beanspruchte. Bürgerschaftspräsident *Berndt Röder* (CDU) entschied nach Beratung im Ältestenrat, dass die GAL ihre Plätze behalten darf und die Linksfraktion zwischen SPD und GAL Platz zu nehmen hat. Damit kam es zu der ungewöhnlichen Sitzordnung, dass die Opposition von der schwarz-grünen Regierungsmehrheit eingerahmt wird. Der Ältestenrat gestand der Linken auch einen Sitz im Bürgerschaftspräsidium zu. Dass die Linksfraktion in Hamburg zum Teil extremistische Anschauungen pflegt, offenbarte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende *Christiane Schneider*, frühere PDS-Landessprecherin, gleich in der zweiten Bürgerschaftssitzung in einer Rede zum Tibet-Konflikt, in der sie sich als getreue Anhängerin einer kommunistischen Modernisierungstheorie zu erkennen gab⁶⁹.

5. Zusammenfassung

- (1) Die seit 2004 allein regierende CDU verlor zwar ihre absolute Mehrheit, errang aber mit deutlichem Vorsprung vor der SPD den Auftrag zur Regierungsbildung. Den Wahlsieg hatte sie ihrem populären Bürgermeister *Ole von Beust*, der guten wirtschaftlichen Lage der Hansestadt und der Mobilisierung gegen die Linkspartei in den letzten Tagen vor der Wahl zu verdanken. *Von Beust* entschied sich, wie im Wahlkampf für den Fall des Scheiterns der FDP angekündigt, für die Bildung einer schwarz-grünen Koalition – auf Landesebene ein Novum in Deutschland.
- (2) Der SPD gelang es auch im zweiten Anlauf nicht, ihre 2001 verlorene Regierungsmacht zurückzugewinnen. Trotz eines couragierten Wahlkampfes, der mit Gerechtigkeits- und Bildungsthemen die Schwachstellen der Senatsbilanz angriff, erzielte sie nach 2004 ihr zweitschlechtestes Ergebnis in Hamburg überhaupt. Die medial erhitzte Diskussion um eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei in den Ländern, unzeitig angestoßen vom SPD-Parteivorsitzenden *Kurt Beck*, bremste den Schwung der SPD auf der Zielgeraden.
- (3) Die Linkspartei profitierte von den veränderten Rahmenbedingungen seit den Wahlen in Niedersachsen und Hessen, wo sie erstmals den Einzug in zwei Landtage westdeutscher Flächenländer geschafft hatte, von der Medienberichterstattung über die Liechtensteiner Steueraffäre und vom Strategiewechsel des SPD-Parteivorsitzenden *Beck*. Dennoch blieb sie hinter den Prognosen zurück. Die Stimmen der Linkspartei kamen von früheren Anhängern der Schill-Partei, der SPD, der GAL und der aufgelösten GAL-Abspaltung „Regenbogen“.
- (4) Die GAL hatte es in diesem Wahlkampf besonders schwer, sich mit ihren Kernkompetenzen zu profilieren: Bei Wirtschaftsfragen lief ihr die CDU den Rang ab, in Gerechtigkeits- und Bildungsfragen die SPD, zum Teil auch die Linkspartei. Die Diskussion um Schwarz-Grün führte – wie übrigens auch bei der CDU – zu einer Mobilisierungsschwäche der Grünen, die eines ihrer schlechteren Ergebnisse in Hamburg erzielten.

69 Die Linke – und Menschenrechte phasenweise, in: Hamburger Abendblatt vom 3. April 2008, S. 13. Vgl. auch das Redemanuskript *Schneiders* unter www.linksfraktion-hamburg.de, Zugriff am 4. April 2008.

- (5) Die Beteiligung sank auf den historischen Tiefstand bei Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Dies lag im Trend aller Landtagswahlen seit Bildung der Großen Koalition, war aber auch auf das neue Wahlrecht in Hamburg zurückzuführen, das den Wähler einerseits überforderte, andererseits ihm gesteigerte Partizipationschancen nur vorgaukelte. Leidtragende des Wahlrechts waren die kleinen Parteien, allen voran die GAL, die überproportional viele folgenlose Wahlkreisstimmen auf sich häufte.
- (6) Mit dem erstmaligen Einzug der Linkspartei und dem von der FDP wieder verpassten Einzug in die Hamburger Bürgerschaft sind dort nun vier Parteien vertreten. Die Regierungsparteien CDU und GAL haben sieben Stimmen über der „Bürgermeistermehrheit“ – eine zahlenmäßig sichere Situation. SPD und Linkspartei teilen sich die Aufgabe der Opposition. Rot-Rot-Grün und eine Große Koalition hätten rechnerisch auch eine Mehrheit, sind politisch aber keine Alternativen.
- (7) Die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene will kein „Modell“ für den Bund sein, präsentiert sich aber als neuer Koalitionstypus: Im Unterschied zu den „Schnittmengenkoalitionen“ der Vergangenheit, die sich zumeist auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner einigten und zu „Verhinderungscoalitionen“ neigten, will sie die Stärken der Partner zu einer „Ergänzungskoalition“ addieren. Damit bringt sie Bewegung in das deutsche Parteiensystem und eröffnet neue Optionen für Regierungsbildungen. Der Koalitionsforschung bietet sie den seltenen Anschauungsfall einer kleinen Koalition mit großer ideologischer Spannweite.

Die Verwaltung der Parlamente. Stellung, Organisation und Funktionen der Landtagsverwaltungen und ihr Verhältnis zu den Landtagen

Hans Herz

Landtage¹ sind Bestandteile des föderativen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind Teilbereiche eines horizontalen und vertikalen Gewaltenteilungssystems und gründen auf einem repräsentativen Parlamentarismus, der durch vom Volk gewählte Parlamente in Bund und Ländern² legitimiert ist. Landtagsfunktionen wie Gesetzgebung, Kontrolle und

- 1 Die Bezeichnung Landtag wird nachfolgend auch als Synonym für das Abgeordnetenhaus in Berlin sowie die Bürgerschaften in Bremen und Hamburg verwendet.
- 2 Der Landesparlamentarismus gehört zu den eher vernachlässigten politikwissenschaftlichen Bereichen. Einige aussagekräftige Arbeiten dazu sind: *Siegfried Mielke*, Länderparlamentarismus, in: *Hans-Helmut Röhring / Kurt Sontheimer* (Hrsg.), *Handbuch des deutschen Parlamentarismus*, München 1970, S. 258 – 273; *Herbert Schneider*, Länderparlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1979; *Hermann Eicher*, *Der Machtverlust der Landesparlamente*, Berlin 1988; *Carsten Giersch*, *Die Diskussion zur Parlamentsreform in den Bundesländern*, Bonn 1990 (Magisterarbeit); *Hansjörg Eisele*, *Länderparlamente – (k)ein Auslaufmodell?*, Baden-Baden 2006; sehr kritisch *Hans Herbert von Arnim*, *Vom schönen Schein der Demokratie*, München 2000, vor allem S. 93 – 104; *Siegfried Mielke / Werner Reutter*, *Länderparlamentarismus in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme*, in: *dies.* (Hrsg.), *Länderparlamentarismus in Deutschland*, Opladen 2004, S. 19 – 52.